

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-001965/2026
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Moritz Körner (Renew)

Betrifft: Spanien & ARF

Die spanische Regierung soll über 13 Mrd. EUR aus dem Fonds der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zweckentfremdet haben, um damit Renten, Mindesteinkommen und sogar Beiträge an die Post zu bezahlen.

Spanien hat beschlossen, den Status 500 000 illegal eingereister Personen zu legalisieren. Mit einer spanischen Aufenthaltserlaubnis erhalten die Betroffenen das Recht, sich zu touristischen Zwecken vorübergehend in anderen Schengen-Staaten aufzuhalten. Um dies zu kontrollieren, müssten eigentlich Grenzkontrollen eingeführt werden. Des Weiteren sind solche Massenregularisierungen ein Anreiz für weitere illegale Einreisen nach Europa.

Spanien will Zugang zu günstigen SAFE-Mitteln der EU erhalten, aber das NATO-Ziel von 5 % der Verteidigungsausgaben nicht erfüllen.

Spanien finanziert mit europäischen Mitteln, zu denen auch Ungarn beiträgt, ein Grundeinkommen, das doppelt so hoch ist wie die ungarische Sozialhilfe, während ungarische Bürger nach drei Monaten ihre Arbeitslosenunterstützung verlieren und für deutlich geringere Sozialleistungen verpflichtend kommunale Arbeitsdienste leisten müssen.

1. Seit wann sind der Kommission diese Zweckentfremdungen bekannt, und welche Maßnahmen hat sie konkret seit dem Bekanntwerden dieser Zweckentfremdungen getroffen? Die Kommission wird gebeten, alle Maßnahmen aufzulisten.
2. Welche Strafmaßnahmen stehen der Kommission zur Verfügung, und welche davon will sie gegen Spanien anwenden, um zu verhindern, dass Spanien oder andere Mitgliedstaaten die Hilfgelder europäischer Steuerzahler de facto stehlen?
3. Welche konkreten Konsequenzen zieht die Kommission aus dem Vorgehen Spaniens in den vergangenen Monaten bezüglich zukünftiger europäischer Solidaritätsmechanismen, und welche Reformen bestehender Solidaritätsinstrumente sind geplant?

Eingang: 12.5.2026